

1967 – der Sechs-Tage-Krieg

Im Laufe der 60er Jahre wurde der Nahe Osten zum Schauplatz des Wettbewerbs im Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion, da sie beide die Länder der Region mit Waffen belieferten. Im Frühjahr 1967 informierte die Sowjetunion die syrische Regierung darüber, dass Israel einen Angriff auf Syrien plant und dazu an der Nordgrenze Truppen zusammenzieht. Unter Historikern ist nach wie vor umstritten, ob es diese Truppenbewegungen tatsächlich gegeben hat (unterschiedliche Ansichten finden sich bei Shlaim, 2000 und Hirst, 1977). Doch im Jahr zuvor hatte es im Grenzgebiet mehrere Zusammenstöße zwischen den beiden Nationen gegeben, sodass die Lage sehr angespannt war. Israel hatte öffentlich gedroht, das syrische Regime zu stürzen, sollte dieses nicht die von syrischem Staatsgebiet aus geführten Guerilla-Angriffe der Palästinenser stoppen. Aufgeschreckt durch die sowjetischen Berichte wandte sich Syrien mit der Bitte um Hilfe an Ägypten, mit dem es einen gegenseitigen Verteidigungspakt geschlossen hatte. Daraufhin entsandte Ägypten Truppen auf die Sinai-Halbinsel an die israelische Grenze und forderte von den dort stationierten UN-Truppen, die einen Puffer zwischen den beiden Ländern bildeten, ihre Positionen zu räumen. Die ägyptischen Truppen rückten bis Scharm El-Scheich vor und verhängten eine Blockade über den israelischen Hafen Elat, der nur über ägyptische Gewässer zugänglich war.

Zwei Wochen später, am 5. Juni 1967 um 7.45 Uhr, begann Israel seine Luftangriffe auf ägyptische Flugfelder, bei denen an einem einzigen Tag 298 Kampfflugzeuge zerstört wurden – der Großteil der ägyptischen Luftwaffe. Die israelischen Bodentruppen drangen fast zeitgleich auf ägyptisches Territorium vor, bahnten sich ihren Weg bis zum Suez-Kanal und besetzten in nur zwei Tagen die gesamte Sinai-Halbinsel. Am 5. Juni um 12 Uhr mittags griffen syrische, jordanische und irakische Truppen im Rahmen eines Verteidigungspakts mit Ägypten Ziele innerhalb Israels an. Innerhalb von zwei Stunden gelang es der israelischen Luftwaffe, die Luftwaffen aller drei Länder sowie eine irakische Militärbasis in der Nähe der jordanischen Grenze zu zerstören. Jordanien kam den Ägyptern auch mit Bodentruppen zu Hilfe. Die jordanische Artillerie beschoss israelische Städte und jordanische Truppen marschierten

in das arabische Ost-Jerusalem ein. Bis zum 7. Juni hatte Israel die jordanische Armee aus dem Westjordanland und Ost-Jerusalem vertrieben und beides besetzt. Am folgenden Tag griffen israelische Kampfflieger das amerikanische Spionageschiff USS *Liberty* an. Dabei kamen Kanonen, Raketen und Napalm zum Einsatz – 34 Mitglieder der amerikanischen Besatzung wurden getötet und 171 weitere verletzt.¹⁷ Ungeachtet des massiven Drucks seitens der UN griff Israel am 9. Juni Syrien an und besetzte die Golan-Höhen. In der israelischen Presse gab es Anschuldigungen, die israelische Armee habe während dieses Krieges eintausend ägyptische Soldaten, die keinen Widerstand leisteten, sowie Dutzende unbewaffneter palästinensischer Flüchtlinge getötet. (*Ha'aretz*, 17. August 1995; zitiert in *Washington Report on Middle East Affairs*, Februar/März 1996)

Der Krieg stellte einen überwältigenden militärischen Erfolg für Israel dar. In sechs Tagen hatte man die Armeen dreier arabischer Länder zerstört und konnte durch die Einnahme der Sinai-Halbinsel, der Golan-Höhen, des Westjordanlands, des Gaza-Streifens und des arabischen Ost-Jerusalems enorme territoriale Zugewinne verbuchen. Die Gründe Israels für diese Offensive sind noch umstritten. In offiziellen Dokumenten des israelischen Kabinetts heißt es, die „Regierung [Israels] hat festgestellt, dass die Armeen Ägyptens, Syriens und Jordaniens zu einem unmittelbaren Mehrfrontenangriff aufgestellt waren und die Existenz des Staates direkt bedrohten“. (zitiert in Finkelstein, 2001: 130) Drei Jahre zuvor hatten arabische Anführer in einem offiziellen Dokument ihre Absicht erklärt, „gemeinsame militärische Vorkehrungen“ zur „endgültigen Liquidierung Israels“ zu treffen. (Shlaim, 2000: 230) Sachar macht in diesem Zusammenhang auf Nassers Entscheidung aufmerksam, die UN-Friedenstruppen im Sinai durch ägyptische Truppen zu ersetzen, sowie auf die militärischen Vorbereitungen anderer arabischer Nationen und führt diese als Beweis dafür an, dass sich „die Schlinge

17 Dieser brisante Zwischenfall wurde heiß diskutiert. Die israelischen Behörden haben stets behauptet, es habe sich um einen „tragischen Fall einer falschen Identifizierung“ gehandelt. Bei Bregman (2003: 120-22) heißt es, andere seien der Ansicht, der Angriff sei absichtlich geschehen, um zu verhindern, dass die USS *Liberty* entdeckte, dass Israel in Vorbereitung des am nächsten Tag erfolgten Angriffs auf die Golan-Höhen in Galiläa Truppen zusammengezogen hatte. Er schreibt weiter, bisher streng unter Verschluss gehaltene Aufnahmen von Gesprächen zwischen Angehörigen der Luftwaffe würden die Schlussfolgerung stützen, dass der Angriff auf das amerikanische Schiff bewusst erfolgte.

[...] um den Hals Israels sehr schnell zuzog“. (1977: 632) Weiter weist er nicht nur auf Israels Motivation hin, die Syrer dazu zu bringen, ihre Bombardements israelischer Siedlungen in der entmilitarisierten Zone zwischen Israel und Syrien einzustellen, sondern auch auf die Guerilla-Angriffe, bei denen die Angreifer bis auf israelischen Boden vordrangen. Eine weitere gern angeführte Rechtfertigung für den Angriff Israels auf Ägypten ist die Entscheidung der Ägypter, die Straße von Tiran und damit den Zugang zum israelischen Hafen Elat zu blockieren. Laut Aussage des israelischen Außenministers Abba Eban war dies „ein Versuch zur Strangulation“, der einen „kriegerischen Akt“ darstellte. (Eban, 1992: 374; zitiert in Finkelstein, 2001: 137)



Karte 3: Der Nahe Osten nach dem Krieg vom Juni 1967

Einige andere Historiker haben diese Erklärungen in Zweifel gezogen und stattdessen andere mögliche Gründe und Rechtfertigungen angeführt. Die Behauptung, dass die arabischen Staaten einen unmittelbaren Angriff planten, ist ebenso umstritten wie die, dass sie die nötige militärische Stärke hatten, um eine Bedrohung für die Existenz Israels darzustellen. Finkelstein bemerkt dazu, eine „gründliche geheimdienstliche Untersuchung seitens der USA gegen Ende des Monats [Mai 1967] ergab keinerlei Beweise dafür, dass Ägypten einen Angriff plante“. (2001: 134) Menachem Begin und Jitzchak Rabin sagten später, die arabischen Staaten haben keinen Angriff geplant und die israelische Regierung sei sich dessen damals auch bewusst gewesen.¹⁸ Die Behauptung, dass die Armeen mehrerer arabischer Länder eine tödliche Bedrohung für den Staat Israel darstellten, ist ebenfalls nicht unumstritten. Erstaunlicherweise wurde in einem Bericht der CIA vom Mai 1967 bereits vorhergesagt, dass Israel – unabhängig davon, welche Seite zuerst angreifen würde – innerhalb einer Woche einen Krieg gegen einen der arabischen Staaten oder gegen alle zusammen gewinnen würde. Der britische Geheimdienst kam zu derselben Schlussfolgerung (Finkelstein, 2001) und auch Menachem Begin und Ezer Weizmann sagten, dass die Existenz des Staates Israel zu keiner Zeit bedroht gewesen sei.¹⁹

Fünf Jahre nach Kriegsende äußerte sich General Mattityahu Peled, ein hochrangiger Militärplaner, in einem Artikel in einer israelischen Zeitung abschätzig über die Möglichkeit einer Bedrohung durch die Araber im Jahr 1967:

18 Jitzchak Rabin sagte nach dem Sieg Israels: „Ich glaube nicht, dass Nasser einen Krieg wollte. Die beiden Divisionen, die er am 14. Mai in den Sinai schickte, hätten keinesfalls ausgereicht, um eine Offensive gegen Israel einzuleiten. Er wusste das und wir wussten es auch“. (*Le Monde*, 29. Februar 1968; zitiert in Hirst, 1977:211) In einer Rede im *National Defense College* 1982 sagte Menachem Begin: „Die Tatsache, dass Ägypten Truppen im Sinai zusammenzog, beweist nicht, dass Nasser wirklich kurz davor stand, uns anzugreifen. Hier müssen wir ehrlich zugeben, dass wir uns entschieden haben, ihn anzugreifen.“ (*New York Times*, 21. August 1982)

19 Menachem Begin behauptete, beim vorletzten Treffen des ministerialen Ausschusses für Verteidigungsangelegenheiten vor Beginn des Krieges habe die militärische Führung „keinen Zweifel an einem Sieg gehabt“ und „nicht nur ihr Vertrauen in die Stärke der Armee zum Ausdruck gebracht, sondern auch in deren Fähigkeit, den Feind zu schlagen“. (Begin; zitiert in Finkelstein, 2001:135) Der ehemalige Kommandeur der israelischen Luftwaffe, Ezer Weizmann, sagte in Bezug auf den Krieg von 1967, es habe „keine Gefahr einer Zerstörung Israels“ bestanden. Trotzdem sei der Krieg gerechtfertigt gewesen, um sicherzustellen, dass Israel „in der jetzigen Größe, dem Geist und der Art weiter bestehen kann“. (*Ha'aretz*, 29. März 1972; zitiert in Chomsky, 1999:100)

Es gibt keinen Grund zu verhehlen, dass es seit 1949 niemand gewagt hatte, oder genauer gesagt dass niemand in der Lage war, die Existenz des Staates Israel zu bedrohen. Trotzdem haben wir weiterhin ein Gefühl der eigenen Unterlegenheit gepflegt und so getan, als seien wir ein schwaches und unbedeutendes Volk, dass inmitten seines verzweifelten Kampfes ums Überleben jeden Moment vernichtet werden könnte. [...] es ist allgemein bekannt, dass selbst die arabischen Führer, die sich ihrer eigenen Machtlosigkeit sehr wohl bewusst waren, nicht an die eigenen Drohungen glaubten [...]. Ich bin sicher, dass unser Generalstab zu keiner Zeit gegenüber der Regierung behauptet hat, das ägyptische Militär stelle eine Bedrohung für den Staat Israel dar oder wir seien nicht in der Lage, Nassers Armee zu vernichten, die sich in beispielloser Torheit der unglaublichen Macht unserer Armee ausgesetzt hatte. [...] Wenn jemand behauptet, die ägyptischen Truppen, die an unseren Grenzen zusammengezogen worden waren, hätten die Existenz Israels bedrohen können, so beleidigt er damit nicht nur die Intelligenz eines jeden Menschen, der diese Art von Situation zu analysieren in der Lage ist, sondern auch die *Tzahal* [die israelische Armee]. (*Ma'ariv*, 24. März 1972; zitiert in Hirst, 1977: 210f.)

Eine weitere Erklärung für die Entscheidung Israels zum Angriff auf seine arabischen Nachbarn lautet, man wollte das abschreckende Bild der IDF aufrechterhalten. Shlaim (2000) meint, die ägyptische Blockade habe eine Bedrohung für Israels „eiserne Wand“ der militärischen Stärke dargestellt. Andere schreiben, die Motivation Israels sei eine ganz andere gewesen. Neff beispielsweise schreibt, kurz vor dem Krieg von 1967 habe die CIA drei Hauptziele seitens der Israelis herausgearbeitet: „die Zerstörung des Machtzentrums der radikalen arabischen Sozialistenbewegungen“ [also Nassers Regime], „die Zerstörung der Waffenarsenale der radikalen Araber“ und die „Zerstörung sowohl Jordaniens als auch Syriens als moderne Staaten“. (Neff, 1985: 230; zitiert in Finkelstein, 2001: 143) Hirst (1977: 206) schreibt, israelische Militärplaner hätten den Angriff bereits seit dem erzwungenen Rückzug der israelischen Armee von der Sinai-Halbinsel im Jahr 1956 geplant. Dabei beruft er sich auf Aussagen von General Burns, dem Stabschef der *United Nations Truce Supervision Organization* (UNTSO). Dieser hatte Anfang der 60er Jahre gesagt, Israel würde wahrscheinlich schon bald erneut Krieg führen, um

die arabische Wirtschaftsblockade zu durchbrechen und die wirtschaftlichen Probleme Israels zu lösen.

Laut einer weiteren vorgebrachten Begründung für Israels Entscheidung zum Angriff, bestand die Motivation der Israelis darin, die eigenen Staatsgrenzen auszuweiten. Befürworter dieser These weisen dabei auf Aussagen des israelischen Kommandeurs Jigal Allon hin, die dieser kurz vor Beginn des Krieges 1967 gemacht hatte. Damals hatte er gesagt, „im Falle eines erneuten Krieges“ müsse eines der zentralen Ziele Israels darin bestehen, „die territoriale Verwirklichung des Landes Israel“ zu erreichen. (zitiert in Finkelstein, 2001:143) Seit den 50er Jahren finden sich auch in den Schriften David Ben-Gurions und anderer israelischer Führer Beweise dafür, dass man das Staatsgebiet Israels soweit ausdehnen wollte, dass auch ganz Jerusalem und das Westjordanland dazugehörten. Der israelische Historiker Benny Morris schreibt dazu:

Es gab sowohl in der Ideologie der Zionisten als auch in der israelischen Gesellschaft eine stark auf Expansion ausgerichtete Strömung. Viele Menschen, unter ihnen auch prominente Persönlichkeiten wie Dajan und Ben-Gurion, waren der Ansicht, dass die territorialen Zugewinne aus dem Krieg von 1948 im Hinblick auf das erträumte „gelobte Land“ zu wenig waren. Ben-Gurion beschrieb die Tatsache, dass es den Israelis nicht gelungen war, das arabische Ost-Jerusalem zu erobern, als „Bechiya Le Dorot“ (wörtlich „Grund zur Klage für zukünftige Generationen“) und führende Gruppen innerhalb der israelischen Gesellschaft empfanden ähnliches im Hinblick auf das von Jordanien kontrollierte Westjordanland. (Morris, 1989:410-11; zitiert in Finkelstein, 2001:221)

Der Konflikt löste einen weiteren Massen-Exodus der Palästinenser aus. Viele von ihnen, die nach dem Verlassen ihrer Heimat 1948/49 im Westjordanland und im Gaza-Streifen Zuflucht gesucht hatten, wurden jetzt bereits ein zweites Mal zu Flüchtlingen. Nur Masalha, ein alt gedienter Dozent des *Holy Land Research Project* an der University of Surrey, sagt: „Obwohl die Politik der selektiven Vertreibungen, der Zerstörung und der Förderung des so genannten ‚Transfers‘ noch mehrere Wochen nach der Besetzung des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes durch die israelische Armee fortgesetzt wurde, gab es keinerlei Beweise, die darauf hindeuten würden, dass die israelische Armee im Juni 1967 irgendwelche allumfassenden Vertreibungsbefehle erlassen oder ausgeführt hätte“.

(Masalha, 1999:100) Weiter heißt es bei Masalha, im Jahr 1967 habe es „erwiesenermaßen an vielen Orten im Westjordanland Fälle von Vertreibung und Zerstörung gegeben“ und „junge Menschen aus verschiedenen Städten und Flüchtlingslagern sollten deportiert werden“. (1999:101) Peter Dodd und Halim Barakat liefern in ihrer Untersuchung zum Exodus von 1967 mit dem Titel *River Without Bridges* eine ganz ähnliche Erklärung:

Der Exodus stellte eine Reaktion auf den starken situationsbedingten Druck zu dieser Zeit dar. Dieser situationsbedingte Druck entstand durch die Luftangriffe auf ein Land, das über keinerlei Verteidigung verfügte. Dazu gehörten der massive Einsatz von Napalm, die Besetzung der Dörfer des Westjordanlandes durch die israelische Armee und die Vorgehensweise der Besatzungs-truppen. Das sicher schlimmste Beispiel für das Vorgehen der Besatzungstruppen war die Ausweisung der Zivilisten und die vorsätzliche Zerstörung einer ganzen Reihe von Dörfern [Imwas, Yalu, Beit Nuba, Beit Marsam, Beit Awa, Habla, al-Burj und Jiftlik]. Weitere Aktionen wie die Bedrohung und Massenverhaftung männlicher Zivilisten führten ebenfalls zu situationsbedingtem Druck. (Dodd und Barakat, 1969:54; zitiert in Masalha, 1999:96)

Laut Schätzungen von William Wilson Harris (1980:16ff), der in seiner Analyse des Exodus zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangte, waren im Jahr 1967 250.000 Bewohner des Westjordanlandes, 70.000 Bewohner des Gaza-Streifens und 90.000 Bewohner der Golan-Höhen gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Die vertriebenen Bewohner des Westjordanlandes wurden durch harte Maßnahmen daran gehindert, wieder in das Gebiet zurückzukehren. Ein israelischer Soldat, der in der 5. Reserve-Division am Jordan diente und dessen Name nicht genannt wurde, legte in der israelischen Presse detailliert Zeugnis darüber ab, was mit den vertriebenen Palästinensern geschah, die versuchten, in ihre Häuser zurückzukehren:

Jede Nacht schossen wir so auf Männer, Frauen und Kinder. Selbst in mond hellen Nächten, in denen wir die Leute identifizieren und also zwischen Männern, Frauen und Kindern unterscheiden konnten. Am Morgen suchten wir dann das Gebiet ab und erschossen auf ausdrücklichen Befehl des leitenden Offiziers vor Ort die Überlebenden, auch

jene, die sich versteckt hatten oder bereits verwundet waren und auch hier einschließlich der Frauen und Kinder. (Haolam Haze, 10. Oktober 1967; zitiert in Masalha, 1999:99)

Es gab Berichte, dass Israel nach dem Krieg damit begann, die Häuser der Palästinenser in den neu besetzten Gebieten zu zerstören. Der amerikanische Historiker Alfred Lilienthal dazu:

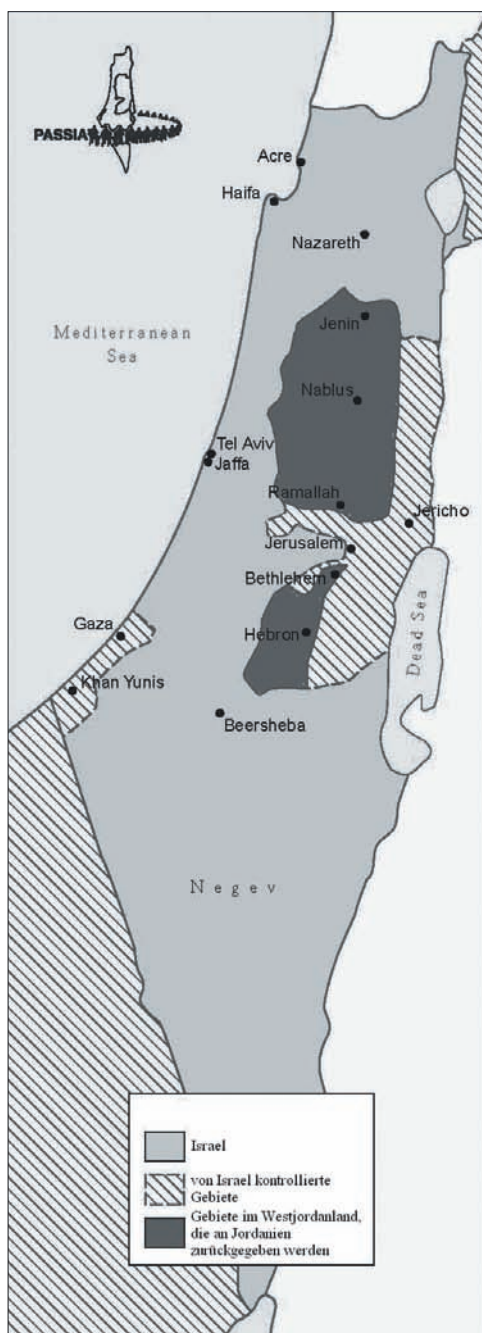
Laut Angaben der UN zerstörten die Israelis zwischen dem 11. Juni 1967 und dem 15. November 1969 etwa 7.554 Häuser von arabischen Palästinensern in den Gebieten, die man im Laufe des Krieges erobert hatte; die 35 Dörfer in den besetzten Golan-Höhen, die dem Erdboden gleichgemacht wurden, sind in dieser Zahl jedoch nicht enthalten. Schätzungen zufolge stieg die Zahl in den zwei Jahren zwischen September 1969 und 1971 auf 16.312 Häuser an. (1978:160)

Am 19. Juni 1967 bot die israelische Führung an, im Austausch für Entmilitarisierungsabkommen, Friedensverträge und gegen die Zusicherung von Navigationsrechten von Seiten Ägyptens, Syriens und Jordaniens die Golan-Höhen, die Sinai-Halbinsel und den Gaza-Streifen zurückzugeben. Bregman (2003:127) deutet an, dass die zwei Monate später von den arabischen Führern auf einem Treffen in Khartum getroffene Entscheidung der berühmten „drei Absagen“ an Frieden mit, Anerkennung von und Verhandlungen mit Israel dazu geführt hat, dass Israel sich am 30. Oktober dafür entschied, sein Angebot offiziell zurückzuziehen und seine Haltung insgesamt verschärfte. Shlaim (2000) ist anderer Ansicht. Er sagt, es gibt keine Beweise dafür, dass man den arabischen Staaten je dieses an bestimmte Bedingungen geknüpfte Angebot vorgelegt hat. Weiter meint er, das Angebot sei sofort durch politische und militärische Führer innerhalb Israels gekippt worden, die einen Großteil der eroberten Gebiete behalten wollten und ab Mitte Juli Pläne für den Bau jüdischer Siedlungen in den besetzten Golan-Höhen genehmigten. Er behauptet außerdem, in den „drei Absagen“ von Khartum ging es um ein „Nein zu einem formalen Friedensvertrag, nicht um eine Ablehnung eines Friedens als solchem; ein Nein zu *direkten* Verhandlungen, nicht aber um eine Absage an Gespräche über Dritte; sowie um ein Nein zu einer *De-jure*-Anerkennung Israels, nicht zu einer Akzeptanz seiner Existenz als Staat“. (2000:258) Shlaims Ansicht nach war die Konferenz „ein Sieg für

die Gemäßigten auf arabischer Seite, die meinten, man solle versuchen, den Rückzug der israelischen Truppen auf politischen und nicht auf militärischem Wege zu erreichen“. (2000:258) Außerdem wurde behauptet, Israel hätte auf der Konferenz einen Friedensvertrag mit Ägypten und Jordanien abgelehnt.²⁰

Shlaim merkt an, dass es in Israel keinerlei Debatten über eine mögliche Rückgabe Ost-Jerusalems gab, sehr wohl aber darüber, wie viel des Westjordanlandes man behalten wollte. Er schreibt, dass nur wenige dafür waren, denn eine vollständige Annexion hätte die Aufnahme einer großen Anzahl von Arabern in den jüdischen Staat bedeutet. Die meisten israelischen Führer waren für eine der folgenden beiden Optionen. Der *Allon-Plan*, der vom stellvertretenden israelischen Ministerpräsidenten Jigal Allon vorgelegt wurde, sah eine eingeschränkte Autonomie für die Palästinenser in Teilen des Westjordanlandes vor (wobei das Land nach wie vor den Israelis gehören würde, die auch die Kontrolle über die Sicherheit in dem Gebiet hätten). Außerdem sollte Israel die Kontrolle über einen großen Teil des Jordan-Tals, große Teile des Landes um Jerusalem und über die Wüste von Judäa haben. In diesen Teilen des Westjordanlandes sollten dann jüdische Siedlungen und Armeebasen entstehen. Bei der zweiten Option sollte Jordanien einen Teil des Westjordanlandes zurückerhalten, wobei Israel jedoch etwa ein Drittel des Gebietes behalten hätte. Keiner der Vorschläge war für König Hussein oder die Palästinenser akzeptabel.

20 Norman Finkelstein (2001:154) behauptet, der jugoslawische Staatschef Marschall Tito hätte den Friedensplan vorgelegt. Darin war vorgesehen, dass Israel im Gegenzug für eine „vollständige Entmilitarisierung und andere Sicherheitsgarantien in den evakuierten Gebieten“ sowie ein „Ende der Forderung nach einem arabischen Staat in Palästina“ seine Truppen vollständig aus den besetzten Gebieten abzieht. Dieser Vorschlag sei, so Finkelstein, sowohl von Ägypten als auch von Jordanien angenommen worden, Israel habe ihn jedoch als „einseitig“ zurückgewiesen.



Karte 4: Der Allon-Plan, Juli 1967

Die Resolution 242 und der Zermürbungskrieg

Nach dem Krieg von 1967 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 242, die inzwischen zum Rahmendokument bei mehreren Versuchen zur Lösung des Konflikts geworden ist. In der Resolution wurde in Übereinstimmung mit dem Prinzip der „Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg“, das im einleitenden Paragraph besonders hervorgehoben wurde, der „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“, gefordert. Ebenso wurde darin die „Notwendigkeit, auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinzuarbeiten, in dem jeder Staat der Region in Sicherheit leben kann“ sowie einer „gerechten Regelung des Flüchtlingsproblems“ und die Garantie der Navigationsrechte betont. Ägypten und Jordanien akzeptierten die Resolution, Syrien lehnte sie jedoch ab. Auch die Palästinenser wiesen sie mit der Begründung zurück, dass darin ihre Zwangslage nur als Flüchtlingsproblem betrachtet wird, während ihr Recht auf Selbstbestimmung und nationale Souveränität gänzlich unerwähnt bleibt. Israel akzeptierte die Resolution im Jahr 1970.

Bezüglich der Bedeutung der Truppenabzugs Klausel gibt es sehr unterschiedliche Ansichten. Israel argumentierte, die Tatsache, dass in der englischen Version der bestimmte Artikel fehlte, („aus Gebieten“ statt „aus den Gebieten“; in der deutschen Version steht der bestimmte Artikel in Klammern, Anm. d. Übers.), würde bedeuten, dass der Umfang des Truppenabzugs vage gehalten wurde und dass Israel sich nicht aus allen während des Konflikts besetzten Gebieten zurückziehen müsse. Weiter hieß es von israelischer Seite, viele der Nationen, die der Resolution zugestimmt hatten, unter anderem die USA, Großbritannien, die UdSSR und Brasilien, stimmten mit Israel dahingehend überein, dass man sich nicht aus allen besetzten Gebieten zurückziehen müsse. (Außenministerium Israels, 1999) Finkelstein bezweifelt dies und weist darauf hin, dass der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen gesagt hatte: „in Bezug auf die Gültigkeit des Grundsatzes, dass der Gebietserwerb durch Krieg in unserer Zeit laut der Charta unzulässig ist, herrscht praktisch Einvernehmen“. (UN-Generalversammlung 1967; zitiert in Finkelstein, 2001:145) Diese Bejahung, so der Präsident weiter, findet sich „in praktisch allen Erklärungen“ und „praktisch alle Redner

haben als logische Folgerung dargelegt, dass man erwartet, dass sich die Truppen bis zu ihrer ursprünglichen Position zurückziehen“. (UN-Generalversammlung 1967a; zitiert in Finkelstein, 2001:145) Finkelstein schreibt weiterhin, dass der Tenor der Debatten im UN-Sicherheitsrat ähnlich eindeutig gewesen sei, denn fast alle Vertreter dort hätten nicht nur die Bedeutung der Unzulässigkeitsklausel deutlich hervorgehoben, sondern auch die Notwendigkeit eines vollständigen Rückzugs der israelischen Truppen.²¹ Außerdem sagt Finkelstein, auch die Amerikaner seien für einen vollständigen Abzug der israelischen Truppen gewesen.²² Nachdem es den Ägyptern nicht gelungen war, einen solchen Rückzug aus allen besetzten Gebieten zu erreichen, führte Ägypten zwischen 1967 und 1970 einen „Zermübungskrieg“ gegen Israel. Shlaim schreibt dazu, Präsident Nassers unmittelbares Ziel habe darin bestanden „zu verhindern, dass der Suez-Kanal zu einer De-facto-Grenze wird. Sein endgül-

21 Der britische Vertreter Lord Caradon verneinte, dass es irgendeine Ambiguität in Bezug auf die Interpretationsmöglichkeiten von Resolution 242 gab und sagte: „in unserer Resolution haben wir den Grundsatz des ‚Rückzugs der israelischen Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden‘ festgelegt und in der Präambel die ‚Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg‘ unterstrichen. Unserer Ansicht nach ist der Wortlaut der Klauseln eindeutig“. Der französische Abgesandte hob hervor: „In dem Punkt, den die französische Delegation stets als besonders wichtig erachtet hat – die Frage des Abzugs der Besatzungstruppen – bietet die verabschiedete Resolution, wenn wir einmal den französischen Text nehmen, der ebenso authentisch ist wie der englische, keinen Platz für irgendwelche Fehlinterpretationen. Hier ist die Rede von einem Rückzug aus ‚des territoires occupés‘, was ohne Frage dem Ausdruck ‚occupied territories‘ entspricht“. Der Vertreter Indiens bestätigte: „Der Grundsatz der Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg ist in absolut fundamentaler Bestandteil unserer Herangehensweise“ und „wir sind der Ansicht, dass der Resolutionsentwurf, so er vom Rat bestätigt wird, die Verpflichtung begründen wird, das Prinzip eines vollständigen Rückzugs der israelischen Truppen aus allen – und ich wiederhole allen – Gebieten anzuwenden, die von Israel im Verlauf des Konflikts besetzt wurden, der am 5. Juni 1967 begann“. (alle zitiert in Finkelstein, 2001:146)

22 Finkelstein weist in diesem Zusammenhang auf die Memoiren des amerikanischen Diplomaten Dean Rusk hin, der behauptet, die Vereinigten Staaten seien dafür gewesen, den bestimmten Artikel in der Abzugsklausel auszulassen, weil sie „dachten, die Grenze Israels entlang dem Westjordanland könnte ‚vernünftiger gestaltet‘ werden und gewisse Anomalien könnten durch einen territorialen Austausch leicht behoben werden, sodass für alle Parteien sinnvollere Grenzen entstünden“. (Rusk, 1991:388-89; zitiert in Finkelstein, 2001:148) Er hob jedoch hervor: „Wir haben zu keiner Zeit in Erwägung gezogen, Israel infolge des Krieges vom Juni 1967 einen signifikanten territorialen Zugewinn zuzubilligen. In diesem Punkt bestehen nach wie vor deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Israelis“. (Rusk, 1991:388-89; zitiert in Finkelstein, 2001:148)

tiges Ziel war es jedoch, Israel dazu zwingen, seine Truppen hinter die Vorkriegsgrenze zurückzuziehen“. (2000:289) Ägypten bombardierte die im besetzten Sinai zusammengezogenen israelischen Truppen und palästinensische Guerilla-Kämpfer starteten grenzübergreifende Angriffe gegen Israel, woraufhin Israel sowohl militärische als auch zivile Ziele in Ägypten und Jordanien angriff. Zahlreiche ägyptische Küstenstädte wurden durch die israelischen Luftangriffe stark beschädigt. Der israelische Kommandeur Ezer Weizmann erinnert sich an den Fall der ägyptischen Grenzstadt Ismailia, die von der israelischen Armee „unaufhörlich“ unter Beschuss genommen wurde. Sie wurde „sowohl von der Luft aus als auch durch die Artillerie so zerstört“, dass „die westlichen Teile“ auf Luftaufnahmen „Ähnlichkeit mit Städten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges hatten“. (Weizmann; zitiert in Gilbert, 1999:410) Moshe Dajan behauptete später, die israelischen Angriffe während des Zermübungskrieges hätten eineinhalb Millionen Ägypter zu Flüchtlingen gemacht und das Tal des Jordan vollständig entvölkert. (*Al Hamishar*, 10. Mai 1978) Im August 1970 fand der Krieg schließlich ein Ende, nachdem beide Seiten einem von den USA ausgehandelten Waffenstillstand zustimmten. Nach Schätzungen von Morris (1992) wurden in den drei Jahren, die der Konflikt andauerte, 367 israelische Soldaten und mehr als 10.000 ägyptische Soldaten und Zivilisten getötet.

Der Bau von Siedlungen, die wirtschaftliche Integration und die Besatzung

Nach dem Krieg von 1967 errichtete Israel Siedlungen in den neu besetzten Gebieten und stellte die dort lebenden Palästinenser unter eine Militärherrschaft. Für die Errichtung der Siedlungen wurden zwei Hauptgründe angeführt. Beim ersten davon wurde besonders ihr Wert für die Sicherheit des Landes hervorgehoben:

Es gab auch eine strategische Begründung dafür, dass man das besetzte Westjordanland nicht aufgeben wollte. Diese bestand darin, dass

dadurch die „schmale Taille“ Israels etwas verbreitert wurde. Vor der Eroberung des Westjordanlandes war Israel an einigen Stellen von der Auswölbung des Jordan bis zum Mittelmeer kaum 15 km breit. Indem Israel nun an den besetzten Gebieten westlich des Jordan festhielt, wurde es für eine mögliche von Osten anrückende arabische Invasionstruppe schwieriger, das Land zu zerteilen. (Bregman, 2003:126-27)

Einige Israelis haben das Sicherheitsargument direkt von der Hand gewiesen und behauptet, es diene nur dazu, die Weltöffentlichkeit zu beschwichtigen. Ein offizieller Vertreter schrieb in der israelischen Presse: „Wir müssen auf den Vorwand der Sicherheitsbedürfnisse und die Autorität des Militärgouverneurs zurückgreifen, weil es keine Möglichkeit gibt, die Araber von ihrem Land zu vertreiben, solange sie sich weigern, unsere Kompensationen zu akzeptieren und zu gehen“. (*Ha'aretz*, 23. November 1969; zitiert in Hirst, 1977:241)

Eine weitere Begründung für den Bau der Siedlungen und die Einbehaltung der besetzten Gebiete basiert auf dem Argument des gottgegebenen Rechts. Viele religiöse Juden betrachteten den Sieg im Sechs-Tage-Krieg als Zeichen göttlicher Unterstützung und Beweis dafür, dass die Ankunft des Messias kurz bevorstand, was insgesamt zu einer stärkeren Unterstützung für den religiös motivierten Nationalismus führte. Es entstanden eine Reihe neuer Parteien und Organisationen, die sich für eine dauerhafte Kontrolle über das Westjordanland und den Gaza-Streifen sowie für eine jüdische Besiedlung derselben einsetzten, da diese Gebiete, so ihre Argumentation, ein zentraler Bestandteil des biblischen Landes Israel sind.

Harold Fisch, ehemaliger Rektor der Bar-Ilan-Universität in Israel, vertritt den Standpunkt, Gott habe Abraham das Land Israel als Besitz für die Ewigkeit versprochen und dies bilde die Rechtfertigung für eine jüdische Hoheitsgewalt über das Westjordanland und den Gaza-Streifen:

Innerhalb des gesamten Konzepts der Schöpfung stellt der Bund zwischen dem Volk Israel und seinem Gott, in welchem das gelobte Land ein integraler Bestandteil ist, ein wichtiges Ziel dar. Die Verbindung zwischen dem Volk Israel und seinem Land erwächst aus eben dieser Tatsache – sie wurzelt im überirdischen Willen Gottes, der alles zu seiner Ehre geschaffen hat. (Fisch, 1982:189)

In neueren Kommentaren wird diese Argumentation wieder aufgegriffen. So sagte der damalige israelische Premierminister Ariel Scharon in einem Interview im *Observer*: „Israel ist das gelobte Land – es wurde den Juden versprochen und niemandem sonst“. (13. Juli 2003) Durch die fundamentalistisch-christliche Bewegung, deren Mitglieder zu den stärksten Befürwortern von George W. Bush und der Republikaner insgesamt gehören, hat dieser Standpunkt auch in den USA zunehmend Verbreitung gefunden. Im Jahr 2002 interviewte die BBC den Pastor einer großen Kirche in Texas und dieser erklärte seinen Standpunkt folgendermaßen:

Nun, sehen Sie, der jüdische Staat ist etwas, das im Geiste Gottes entstanden ist. Wir sind ein Volk, das an die Schrift glaubt und in der Schrift heißt es ganz klar, dass Gott Israel geschaffen hat und dass Gott der Beschützer und Verteidiger Israels ist. Da nun Gott Israel geschaffen hat, ist es da nicht einleuchtend, wenn man sagt, jene, die Israel bekämpfen, kämpfen gegen Gott? (*BBC Radio 4, A Lobby to be Reckoned With*, 7. Mai 2002)

Als weitere Argumente dafür, dass Israel das Recht hat, die 1967 eingenommenen Gebiete zu behalten und neu zu besiedeln, wurde unter anderem vorgebracht, dass die Juden, da das Land in den vergangenen 2.000 Jahren so oft unter wechselnder Oberhoheit stand, denselben Anspruch darauf hatten wie jedes andere Volk, das es seit ihrer Vertreibung von dort regiert hatte.²³ Einige Israelis argumentieren auch dahingehend, dass die Palästinenser mit ihrer Ablehnung des Teilungsplanes von 1947 jedes Anrecht auf einen Anteil am Mandatsgebiet Palästina aufgegeben hätten. Andere verweisen auf den rechtlichen Status der Balfour-Deklaration oder behaupten, Israel habe die Gebiete in einem „Selbstverteidigungskrieg“ gewonnen und habe deshalb das Recht, sie zu behalten. Benjamin Netanjahu ist der Ansicht, es sei eine Form der Apartheid, die Juden daran zu hindern, Siedlungen in den besetzten Gebieten zu errichten:

Die sorgfältige Manipulation der Medien durch die Araber hat dazu geführt, dass bei vielen Menschen im Westen der unauslöschliche Ein-

23 Siehe beispielsweise Efrain Karsh, „What Occupation?“, *Commentary*, Juli 2002 oder Max Singer, „Right is Might“, *Jerusalem Post*, 29. Juni 1997

druck entstand, dass arme Araber scharenweise aus ihren Hütten vertrieben werden, um im „dicht besiedelten Westjordanland“ Platz für jüdische Siedlungen zu schaffen. [...] Denn was hier ganz eindeutig passiert, ist dass der Westen, der die gegen die Schwarzen gerichtete Apartheid in Südafrika so scharf verurteilte, von den Arabern dazu benutzt wird, die in den arabischen Ländern herrschende, gegen die Juden gerichtete Apartheid durchzusetzen. (2000:190f.)

Shahak und Norton Mezvinsky (1999) weisen in ihrer Untersuchung der israelischen Programme zur Errichtung von Siedlungen darauf hin, dass Moshe Dajan bis 1974 die Siedlungsaktivitäten kontrollierte. Seine Politik bestand darin, die Siedlungen hauptsächlich auf Hebron, den Norden des Sinai und das Jordantal zu beschränken. Das war Teil eines Handels, den er mit der palästinensischen Feudalprominenz geschlossen hatte, die die Kontrolle über die Dörfer hatte. Nach 1974, so Shahak und Mezvinsky, übernahmen Gruppen religiös motivierter Siedler, besonders die *Gusch Emunim*, zusammen mit ihren politischen Verbündeten in der *Knesset* zunehmend die Führung in der Siedlungspolitik, wobei sie nicht von der Arbeiterpartei, sondern auch und besonders von der Likud-Partei unterstützt wurden. 1973 verabschiedete Israel den *Galili-Plan*, von dem Shafir meint, er habe die „militärische Grenze“ des *Allon-Plans* „in eine Kombination aus *messianischer Grenze* und *Vorortgrenze*“ verwandelt. (1999:92) Zum Teil wurden auch die extremen ideologischen Ansichten der religiös motivierten Siedler als Rechtfertigung für die Angriffe auf die Palästinenser und die Versuche, diese aus ihren Häusern und von ihrem Land zu vertreiben, angeführt. Dies wurde als Prozess der „Reinigung“ oder „Weihe“ des Landes betrachtet.²⁴ Hirst vertritt

24 Chomsky verweist in diesem Zusammenhang auf einen Artikel von Yedidia Segal, der am 3. September 1982 in *Nekudah*, dem Journal der religiösen Siedler im Westjordanland, erschienen war. Darin heißt es: „Diejenigen unter uns, die eine humanistischere Haltung gegenüber unseren [arabischen] Nachbarn fordern, lesen die *Halacha* [das religiöse Gesetz] selektiv und übersehen bestimmte Vorschriften“. Segal behauptet, die Nichtjuden seien „ein Volk von Eseln“ und in der Schrift hieße es, die „eroberten“ Völker müssten ihren jüdischen Herren „dienen“, man müsse sie „schwach und klein“ halten und sie „dürfen ihr Haupt in Israel nicht erheben, sondern [...] müssen vollkommen unterworfen werden“. Segal besteht darauf, es gäbe „keine Verbindung zwischen dem Gesetz Israels und dem modernen atheistischen Humanismus“. Er zitiert Maimonides, der schrieb, „in einem von Gott gewollten Krieg“ [wie der Invasion im Libanon 1982] muss man „Männer, Frauen und Kinder zerstören, töten und beseitigen“ und es gibt dort „keinen Raum für humanistisches Denken“. (zitiert in Chomsky, 1999:123f.)

die Ansicht, auch vor 1974 sei die Errichtung der Siedlungen schon zu Lasten der Palästinenser gegangen:

Manchmal war es notwendig, ein ganzes Dorf auszuradieren – wenn auch nicht notwendigerweise mit einem Mal. Jahrelang sahen die verarmten Einwohner von Beit Askarijah in hilfloser Betroffenheit zu, wie die großen Unterkünfte der Siedlung Kfar Etzion um sie herum aus dem Boden wuchsen, unerbittlich auf ihre landwirtschaftlichen Flächen und ihre Weidegründe übergriffen, bevor sie schließlich auch ihre Häuser verschlangen. Im Januar 1972 vertrieb die Armee 6.000 Beduinen aus Rafah im nordöstlichen Sinai. Sie zerstörte ihre Häuser, vergiftete ihre Brunnen und hielt sie mit Hilfe von Stacheldraht fern. Letztlich beschäftigte man die Beduinen als Nachtwächter oder als Arbeiter – sie mussten auf ihrem eigenen Besitz denen dienen, die ihn ihnen genommen hatten. (1977:242)

Im Jahr 1981 verabschiedete die Likud-Regierung den *Drobless-Plan*. Shafir meint, der Zweck des Plans habe darin bestanden, „jüdische Siedlungen über die arabischen Städte und Dörfer zu verstreuen, um sicherzustellen, dass kein homogenes, nur von Palästinensern bewohntes Gebiet und damit kein potentielleres Kernstück für einen palästinensischen Staat übrig bliebe“. (1999:92) In einer neueren Untersuchung von *Amnesty International* (1999b) geht es darum, dass die Errichtung der Siedlungen und die Zerstörung der Häuser der Palästinenser „untrennbar mit der israelischen Politik zur Kontrolle und Kolonisierung der Gebiete im Westjordanland verbunden ist“, einer Politik, die „seit mehr als 30 Jahren von allen Regierungen entschlossen verfolgt wurde, von 1967 bis heute“. Weiter heißt es in dem Bericht, entscheidend für den Kolonisierungsprozess sei „nicht nur, dass man physisch ‘geeignetes’ Land findet, sondern auch, es den Palästinensern zu entfremden, es gegen die Nutzung durch die Palästinenser zu verteidigen und durch Prozesse wie Registrierung und Verpachtung sicherzustellen, dass die Palästinenser auch in Zukunft keinerlei Nutzen von diesem Land haben“. *Amnesty International* ist der Ansicht, das „eng gewebte Netz palästinensischer Dörfer“ habe „tief greifende“ Schäden erlitten. Laut dem Vierten Genfer Abkommen ist der Bau solcher Siedlungen verboten. In Artikel 49 heißt es dort: „Die Besetzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.“

Die israelische Regierung hat dieses Problem umgangen, indem sie sagte, man habe das Gebiet nicht „besetzt“, es würde eher „verwaltet“. Weiterhin wurde behauptet, das Abkommen sei dazu gedacht gewesen, die Zwangsumsiedlungen während des Zweiten Weltkrieges abzudecken, und da „die Menschen absolut freiwillig in diese Gebiete [die von Israel besetzten] zögen und die Siedlungen weder dazu gedacht seien, die arabischen Bewohner zu vertreiben, noch es in der Praxis so wäre“, sei Artikel 49 auf die israelischen Siedlungen „nicht anwendbar“. (Außenministerium Israels, 1996)

Trotzdem ist dieses Vorgehen wiederholt von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen verurteilt worden. Sie haben die Siedlungen in mehreren Resolutionen für illegal erklärt und gefordert, dass sie abgerissen werden. Eine dieser Resolutionen war die UN-Resolution 55/132, die im Dezember 2000 mit 152 zu 4 Stimmen (Israel, die USA, Mikronesien und die Marshallinseln) verabschiedet wurde.

Im Falle Jerusalems begann Israel mit einer Politik der so genannten „Judaisierung“ und versuchte so, den demographischen, physischen, kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Status der Stadt zu verändern. Man eignete sich die Grundstücke der Araber an und zerstörte ihre Häuser. Vor 1948 befanden sich etwa 20 Prozent des Grundbesitzes im jüdischen Teil der Stadt in jüdischer Hand. Nach 1967, so Hirst, haben die Israelis „die 5.500 Araber, die dort wohnten, schonungslos vertrieben“. (1977:235) In der gesamten Stadt kam es zu solchen Zerstörungen und Vertreibungen und die Opfer wurden nur unzureichend, manche aber auch gar nicht entschädigt. Die internationale Gemeinschaft kritisierte die Vorgehensweise zur Änderung der demographischen Struktur und des rechtlichen Status von Jerusalem und 1999 verurteilte die UN derartige Handlungen mit 139 Stimmen zu 1 (Israel).²⁵ Außerdem merkt

25 Resolution der UN-Generalversammlung 54/37, verabschiedet am 1. Dezember 1999

Hirst an, dass die arabische Kultur, besonders in Schulen, unterdrückt oder verunglimpft wurde.²⁶

Sehr schnell begann der Staat Israel damit, die in den besetzten Gebieten lebenden Araber in die israelische Wirtschaft einzugliedern. Einige Historiker, unter ihnen auch Sachar, vertreten die Ansicht, dies sei für die Palästinenser grundsätzlich von Vorteil gewesen, da so im Rahmen einer „vergleichsweise schmerzlosen“ Okkupation ein „bisher unbekannter Wohlstand“ entstand. (1977:688) Andere israelische Vertreter äußerten sich kritisch zu diesem Vorgehen und sagen, Israel habe hier eine Kolonialpolitik eingesetzt, im Rahmen derer die an der Macht befindliche israelische Minderheit, die von ihr unterworfenen arabischen Bevölkerung ausbeutete, indem sie sie als billige Arbeitskräfte und als Absatzmarkt für israelische Produkte benutzte:

Weitaus größere Männer als ich haben sich mit dem großen Paradoxon auseinandergesetzt, das die Vision der Zionisten bedroht, mit dem sozialen und moralischen Versagen dieser Vision, das zu erwarten ist, wenn die Juden zu Arbeitgebern, Managern und Aufsehern über die arabischen Holzfäller und Wasserträger werden, und all das unter dem Schlagwort „Integration“. [...] Wenn die Bevölkerung [eines Landes] aus zwei Völkern besteht, so kommt es unausweichlich dazu, dass eines das andere dominiert. Nein! Der Staat Israel wird keine derartige Monstrosität werden. (Jakob Talmon, zitiert in Sachar, 1977:713)

Außerdem gab es in der israelischen Presse Kommentare, in denen es hieß, die Bedingungen, unter denen die Palästinenser für die Israelis arbeiten mussten, seien ausbeuterisch und entwürdigend. Da es Paläs-

26 Hirst schreibt: „In den arabischen Schulen in Israel wurden die Schüler gezwungen, ihre eigene Kultur, Geschichte und Religion mit den Augen der Israelis zu betrachten und sie mussten zusehen, wie sie bewusst verspottet und verfälscht wurden. So wurde hier die arabische Geschichte als bloße Serie von Revolutionen, Morden, Fehden und Plünderungen dargestellt, während die gesamte jüdische Vergangenheit erhöht und glorifiziert wurde. Sie lernten nur etwas über die Araber, die im Untergang begriffen waren, aber nichts über die Zeiten der Größe, und auch die Helden der Geschichte, der Prophet sowie die Kalifen Harun al-Raschid und Saladin wurden nur am Rande erwähnt. In den vier Schuljahren nach der Grundschule hatten arabische Kinder 384 Stunden jüdische Geschichte, aber nur 32 Stunden arabische. Die Lehren des Alten Testaments gehörten zum Pflichtunterricht, während die muslimische und die christliche Religion überhaupt nicht vermittelt wurden.“ (1977:238)

tinensern, die einen Arbeitsplatz in Israel hatten, rechtlich nicht erlaubt war, dort zu übernachten, mussten viele von ihnen über weite Strecken mit dem Bus aus den besetzten Gebieten zu ihrem Arbeitsplatz fahren, wodurch sich ihr Arbeitstag zum Teil bis auf 17 Stunden verlängerte. In dem israelischen Magazin *Haolam Haze* gab es einen Bericht über Palästinenser, die illegal auf israelischen Farmen übernachten durften. Darin hieß es: „In den Obstplantagen versteckt, mit bloßem Auge kaum zu sehen, stehen Schafpferche für die Bediensteten, ein Zustand, dessen sich selbst ein Staat wie Südafrika schämen würde“. (22. Dezember 1982; zitiert in Chomsky, 1999:141) In einem Interview in der *Jerusalem Post* fragte der israelische Journalist Aryeh Rubinstein Amos Hadar, den Generalsekretär der *Moschav*-Bewegung (*Moschavim* sind eine Form genossenschaftlicher Kleinbauernsiedlung in Israel, sie beruht auf dem Zusammenschluss von privaten Landwirtschaftsbetrieben; Anm. d. Übers.), ob er im Grunde nur unter der Voraussetzung damit einverstanden sei, Araber als Arbeitskräfte einzusetzen, dass diese unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssten. „Richtig“, sagte Hadar und unterstrich, dass es sich um „ein schwieriges Problem“ handelt: „Wir haben keine andere Wahl, als die Araber als Arbeiter einzusetzen, doch sie müssen morgens mit Bussen aus dem Gaza-Streifen geholt und abends dorthin zurückgebracht werden. [...] Es ist schwierig, es ist kostspielig, es ist aus wirtschaftlicher Sicht bedenklich – doch eine andere Lösung gibt es nicht“. (26. Dezember 1982; zitiert in 1999:141)

Auch die Tatsache, dass die Israelis die arabischen Kinder als Arbeitskräfte einsetzten, stieß auf heftige Kritik. In Israels arabischsprachiger, kommunistisch orientierter Zeitung *Al-Ittihad* wurde ein Markt in Jaffa beschrieben, auf dem Kinder als Arbeitskräfte verkauft wurden:

Auf diesem Markt werden die Vorarbeiter dadurch reich, dass sie die Arbeitskraft von Kindern und Jugendlichen aus den besetzten Gebieten ausbeuten. Jeden Morgen ab 4 Uhr kommen dort Autos an, in denen Dutzende arabischer Arbeitskräfte aus Gaza und dem [Gaza-] Streifen sitzen, die sich dann in einer langen Reihe an der Strasse aufstellen. Etwas später, etwa ab 4.30 Uhr, kommen dann die arabischen Jungs, die in den Restaurants in der Stadt arbeiten. Diese Jungs arbeiten einen Monat lang in den Restaurants durch, auch an Samstagen. [...] Dutzende, nein, Hunderte Jungs, die eigentlich in der Schule sitzen sollten, kommen aus Gaza hierher, um in Israel zu arbeiten. Von Sonnenauf-

gang an kann man sehen, wie die Autos ankommen und wieder fahren. Ab etwa 6 Uhr kommen dann die israelischen Vermittler, um ihre „Arbeitsesel“, wie sie sie nennen, auszuwählen. Sie lassen bei der Auswahl große Sorgfalt walten und betasten sogar die Muskeln der „Esel“. (30. April 1973; zitiert in Hirst, 1977:246)

Besetzung durch das Militär

Israel entschied sich dafür, die besetzten Gebiete unter Militärverwaltung zu stellen, wodurch die sozialen und politischen Rechte der dortigen Bewohner stark eingeschränkt wurden, und laut Aussagen der Vereinten Nationen und verschiedener Menschenrechtsorganisationen kam es dabei auch zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Israel behauptete, diese Maßnahmen seien notwendig, um den Staat vor Angriffen durch Infiltrierer oder durch Palästinenser aus den besetzten Gebieten zu schützen, die, so sagte man, sehr empfänglich für die Hetze der PLO seien. Morris deutet an, die massive Unterdrückung in Kombination mit der „verstärkten Arbeit“ des *Schin Beit* (israelischer Inlandsgeheimdienst, eigentliche Bezeichnung *Schabak*; Anm. d. Übers.) mit Informanten und Kollaborateuren habe dazu geführt, dass die bewaffneten Aktivitäten der PLO in den besetzten Gebieten bis 1971 „praktisch ausgerottet“ waren. (1992:279) Einige andere, unter ihnen auch Chomsky, sind der Ansicht, man habe mit der Anwendung derartiger Methoden einen ganz anderen Zweck verfolgt. Sie sollten dazu führen, dass das Leben der Palästinenser in den besetzten Gebieten derart unerträglich wird, dass sie auswandern und Israel damit die Möglichkeit geben würden, sich die gewünschten Teile der besetzten Gebiete einzuverleiben, ohne sich Sorgen wegen des großen arabischen Bevölkerungsteils machen zu müssen, der das jüdische Wesen des Staates Israels „verfälschen“ würde.

Chomsky weist in diesem Zusammenhang auf offizielle Berichte der Regierung über ein Treffen zu Beginn der israelischen Besetzung im September 1967 hin, bei dem Moshe Dajan gegenüber den Regierungsministern darauf drängte, man müsse den palästinensischen Bewohnern der besetzten Gebiete mitteilen: „Wir haben keine Lösung. Ihr müsst weiter

wie die Hunde leben, und wer will, kann gehen – mal sehen, wohin dieser Prozess führt [...] in fünf Jahren haben wir vielleicht 200.000 Leute weniger – und das ist von enormer Bedeutung“. (Beilin, 1985; zitiert in Chomsky, 1992:434)

Professor Ian Lustick meint, Israel habe auch die territoriale Verbundenheit der arabischen Dörfer in Galiläa zerstören wollen und verweist dazu auf das Koenig-Memorandum, in welchem der israelische Innenminister neben einer „koordinierten Schmutzkampagne gegen Rakah-Aktivisten“ auch die Schikanierung „aller negativ eingestellten Personen auf allen Ebenen und in allen Institutionen“ empfahl sowie die Anwendung von Techniken, durch die arabische Intellektuelle zur Emigration bewegt werden könnten und der Erfolg arabischer Studentenorganisationen gemindert werden könnte. (1980:56) Die Ansicht, dass die von Israel eingesetzten Methoden Verletzungen des internationalen Rechts darstellen, ist weit verbreitet, was auch dazu führte, dass sie wiederholt in fast einstimmigen Abstimmungen von der UN-Generalversammlung und dem UN-Sicherheitsrat verurteilt wurden. Zu diesen Methoden gehörten auch die systematische Folterung von Gefangenen, Freiheitsentzug ohne Gerichtsverfahren, Kollektivbestrafung, die Annexion natürlicher Ressourcen, Ausgangssperren und Haussuchungen, die Zerstörung der Häuser und Vertreibungen. Dieses Vorgehen hat auch die Kritik mehrerer Menschenrechtsgruppen erregt:

Amnesty International dokumentiert und kritisiert seit vielen Jahren die gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten gerichteten Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechts durch Israel. Dazu gehören illegale Tötungen, Folter und Misshandlung, willkürliche Festnahmen, unfaire Prozesse, Kollektivbestrafungen wie die Abriegelung von Gebieten und die Zerstörung von Häusern als Strafe, die massive und mutwillige Zerstörung von Eigentum, Vertreibungen und die diskriminierende Behandlung [von Palästinensern] im Vergleich zu israelischen Siedlern. Viele dieser Vergehen stellen schwerwiegende Verletzungen des Vierten Genfer Abkommens dar und sind damit Kriegsverbrechen. Ein Großteil der Rechtsbrüche war weit verbreitet, wurde systematisch begangen und entsprach außerdem der Politik der Regierung. Derartige Rechtsbrüche erfüllen laut internationalem Recht die Definition von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. (*Amnesty International*, 2002a)

Der Nationalismus und der Aufstieg der Widerstandsbewegung

Nach 1948 entwickelten die vertriebenen Flüchtlinge eine Vision „der Rückkehr“. Zunächst hofften sie noch, dass die Vereinten Nationen oder die arabischen Staaten selbst den Flüchtlingen bei der Erreichung dieses Zieles helfen würden. Doch mit den Jahren wurden die Flüchtlinge zunehmend frustrierter, weil es keine konkreten Fortschritte in diesem Bereich gab und die Enttäuschung über die Führer der arabischen Staaten nahm immer mehr zu. Bis zum Jahr 1964 hatte Jassir Arafat eine kleine Guerilla-Organisation namens *Fatah* gegründet, die durch das radikale Ba'ath-Regime in Syrien eine sichere Basis erhielt. Von Anfang an bestand die Philosophie der *Fatah* darin, die arabische Bevölkerung zu mobilisieren, die zunehmend weiter reichenden und brutaleren Guerilla-Operationen gegen Israel zu unterstützen. Vor dem Krieg von 1967, so Hirst (1977), hatten sowohl Ägypten als auch Jordanien und der Libanon versucht, die Übergriffe der Guerillas auf israelisches Territorium zu unterbinden. Dies wurde nach dem Krieg jedoch immer schwieriger, da die Bevölkerung diese Operationen zunehmend unterstützte. Bis zum Februar 1968 war es den Mitgliedern der *Fatah* bereits gelungen, die Kontrolle über den Nationalrat der PLO zu übernehmen, dessen Vorsitzender Arafat wurde. Nach dem Krieg gründete Dr. George Habash auch die *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP – *Popular Front for the Liberation of Palestine*), die breite Unterstützung in den Flüchtlingslagern im Gaza-Streifen fand.

Im März 1968 starteten israelische Truppen einen Angriff auf das Flüchtlingslager Karameh in Jordanien. Israel behauptete damals, es habe sich um einen Vergeltungsschlag für Angriffe der PLO gehandelt, bei denen sechs Menschen ums Leben gekommen und 44 weitere verwundet worden waren. Fünfzehntausend Mann griffen mit Panzerdeckung das Lager an und statt sich in die Hügel zurückzuziehen, blieben die Guerilla-Truppen dort und kämpften, wobei sie schwere Verluste erlitten. Die Hälfte der palästinensischen Guerillas, insgesamt 150 Personen, wurde getötet, ebenso wie 128 Mitglieder der jordanischen Armee und 29 israelische Soldaten. (Hirst, 1977) Ungeachtet der hohen eigenen Verluste sahen die palästinensischen Guerillas dies als einen bedeutenden Sieg

an, da die Israelis ungewöhnlich hohe Verluste erlitten hatten und man ihnen gegenüber heftigen Widerstand geleistet hatte. Nach der Schlacht von Karameh meldeten sich viele neue Freiwillige aus der gesamten arabischen Welt, die Mitglieder der Guerilla-Bewegung werden wollten. In den Jahren nach 1967 setzten die Palästinenser nicht nur ihren Guerilla-Krieg fort, sie begannen auch, eine Vision für einen zukünftigen palästinensischen Staat zu entwickeln. Das Ergebnis war die im Jahr 1969 von PLO-Planer und Verhandlungsführer Nabil Schaath vorgestellte Vision vom „Demokratischen Staat Palästina“. Man hoffte, der neue Staat würde dazu führen, dass der Staat Israel aufgelöst und durch einen nicht konfessionsgebundenen Staat Palästina ersetzt würde, in dem Muslime, Christen und Juden gleichberechtigt zusammenleben könnten. (Hirst, 1977) Die bereits dort lebenden Juden würden der Bevölkerung ebenso angehören wie die 1948 und 1967 vertriebenen Palästinenser.

Diese Vorschläge wurden nicht sofort und nicht von allen Palästinensern akzeptiert. Hirst (1977) schreibt, einige hätten sie als Kapitulation vor dem Feind oder bestenfalls als unausgereift betrachtet, wenn man bedenkt, dass Israel nach wie vor die militärische Vormachtstellung innehatte. Andere befürchteten, die in technologischer Hinsicht überlegenen Israelis würden sie letztlich beherrschen, während wieder andere die Vorschläge als taktische Propagandamaßnahme für die Weltöffentlichkeit betrachteten. Aus der Sicht des Großteils der jüdischen Bevölkerung Israels war das Konzept von Anfang an ein Rohrkrepierer, schließlich hatte man den Staat Israel mit großem diplomatischem und militärischem Aufwand aus dem Gebiet Palästinas geschaffen und man verspürte keinerlei Ambitionen, das jüdische Wesen dieses Staates zu „verwässern“. Außerdem fürchteten sich die Israelis angesichts der anti-jüdischen Rhetorik seiner arabischen Nachbarn und waren besorgt, wenn die Flüchtlinge zurückkehrten, könnten sie sich für ihre Vertreibung rächen wollen. Der ehemalige Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, Yehoshafat Harkabi, war der Ansicht, das Konzept sei ein Propagandamittel, hinter dem sich ein Kampf versteckt, dessen Absicht nach wie vor ein „Völkermord“ ist. Nachdem sich die PLO dafür entschieden hatte, nach einer Zwei-Staaten-Lösung zu suchen, ließ man die Idee 1974 schließlich fallen.

In den zwei Jahren nach dem Krieg von 1967 stieg die Zahl der Mitglieder der *Fatah* und anderer Guerilla-Gruppen von 300 Mann auf mehr als 30.000 Mann und sie erhielten massive finanzielle Unterstützung aus der

arabischen Welt. Auch die Zahl der von diesen Gruppen durchgeführten Aktionen stieg drastisch an. Laut eigenen Angaben der *Fatah* wurden 98 Prozent der Operationen außerhalb Israels durchgeführt, zwei Drittel davon im Westjordanland. Die *Fatah* hat wiederholt darauf bestanden, ihr eigentliches Ziel seien die Armee und die „zionistischen Institutionen“, nicht die Zivilisten (vor allem Frauen und Kinder). Wenn man diese dennoch angriffe, so geschähe dies gezielt als Vergeltung für Angriffe auf palästinensische Zivilisten. Hirst (1977) weist jedoch darauf hin, der „übergroße Teil“ der Anschläge sei zwar auf militärische Ziele gerichtet, doch zweifellos seien auch Zivilisten immer wieder Ziele von Angriffen, so würden Bomben in Supermärkten in Jerusalem und an Bushaltestellen in Tel Aviv platziert und man beschösse die Siedlungen in Kiryat Shmona und Eilat mit Raketen. Während die *Fatah* ihre Aktionen auf das historische Palästina beschränkte, tat die PFLP dies nicht, sie griff Ziele in der ganzen Welt an. Man entführte ausländische Flugzeuge und platzierte Bomben in Filialen von Marks & Spencer, weil die Firma Gelder für Israel sammelte. Außerdem sprengte man eine arabische Ölpipeline, da das Öl durch eine amerikanische Firma gefördert wurde, die im Auftrag einer „feudalen“ arabischen Monarchie handelte. Der Hauptzweck dieser Aktionen, so George Habash, war *Publicity*:

Wenn wir ein Flugzeug entführen, so hat das mehr Effekt, als wenn wir hundert Israelis im Kampf töten. Die Weltmeinung ist jahrzehntelang weder für noch gegen die Palästinenser gewesen. Sie hat uns einfach ignoriert. Jetzt spricht die Welt immerhin über uns. (*Stern*, 20. September 1970, S. 26)

Im Jahr 1970 jedoch mussten die Widerstandsbewegungen einen herben Rückschlag hinnehmen. Nachdem viele der in den Kriegen von 1948 und 1967 vertriebenen Palästinenser nach Jordanien geflohen waren, hatte die PLO dort ihr Hauptquartier errichtet und bildete einen „Staat im Staate“, der ganz offen die Herrschaft der haschemitischen Monarchie bedrohte. Nach einem Mordanschlag auf König Hussein und einer Reihe von Entführungen durch die PFLP setzte der König seine Armee auf die Guerillas an. Im Verlauf eines zehntägigen blutigen Kampfes wurden Tausende Guerilla-Kämpfer getötet und innerhalb eines Jahres hatte man die meisten der Kämpfer und politischen Persönlichkeiten der Palästinenser ausgewiesen, woraufhin sie sich im Libanon niederließen.

Durch den *Schwarzen September*, wie es die Palästinenser selbst nennen, entstand eine politische Bewegung, die denselben Namen trug. Die berühmteste Aktion der Gruppe war die Geiselnahme israelischer Athleten bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München. Acht Mitglieder des „Schwarzen Septembers“ nahmen im Olympischen Dorf in München elf israelische Sportler als Geiseln und forderten die Freilassung von 200 in Israel inhaftierten Palästinensern. Bei der Rettungsaktion durch die Deutschen kamen vier der Palästinenser und alle israelischen Geiseln ums Leben. Drei Tage später startete Israel einen Angriff auf Syrien und den Libanon. Es gab damals Berichte, nach denen zufolge im Verlauf von neun getrennt von einander, aber zeitgleich erfolgten Luftangriffen der Israelis bis zu 500 Menschen – viele von ihnen Frauen und Kinder – getötet wurden. (*Al-Nahar Arab Report*, 18. September 1972):

Die Phantoms und Skyhawks fegten über al-Hama, einen Vorort von Damaskus, hinweg; wahllos regnete es Bomben auf die Palästinenser in ihren Behausungen in den Bergen und auf die Syrer in ihren Autos oder beim Wochenendspaziergang am Barada-Fluss. Überlebende berichteten, man habe mit Maschinengewehren auf sie geschossen, als sie versuchten, sich in Sicherheit zu bringen. (Hirst, 1977:251)

1973 kam es zu weiteren Entführungen durch militante arabische Gruppierungen. In jenem Jahr schoss Israel außerdem ein libanesisches Flugzeug ab, das sich in den Luftraum über der besetzten Sinai-Halbinsel verirrt hatte. Dabei kamen alle der 106 Insassen ums Leben. Später nahmen Mitglieder des *Schwarzen September* die saudi-arabische Botschaft in der Hauptstadt des Sudan ein und forderten die Freilassung palästinensischer Insassen jordanischer Gefängnisse. Die Behörden weigerten sich, die Forderung zu erfüllen, woraufhin ein jordanischer, ein amerikanischer und ein belgischer Diplomat getötet wurden. Anschließend wurden kurz hintereinander ein japanisches, ein amerikanisches und ein holländisches Flugzeug entführt. Die meisten Todesopfer gab es im Dezember 1973, als militante Palästinenser auf dem Flughafen von Rom 34 Zivilisten töteten, die meisten von ihnen Amerikaner. Elf Monate später entführte die Märtyrer-Gruppe *Abu Mahmud* eine VC 10 von British Airways und forderte die britische Regierung auf, „sich zu ihrer Verantwortung für das größte Verbrechen in der Geschichte – die Gründung des zionistischen Staates – zu bekennen und sich von der der

verfluchten Balfour-Deklaration zu distanzieren, die so viel Leid und Unheil über unsere Region gebracht hat“. (zitiert in Hirst, 1977:321-22) Nach dieser Entführung versuchte Jassir Arafat ganz offen, die Kämpfer zu zügeln, indem er eine ganze Reihe von ihnen festnehmen ließ und das Strafgesetz der PLO so erweiterte, dass Entführung mit Todesfolge ein Kapitalverbrechen wurde.

In den frühen 70er Jahren begann die PLO, im Hinblick auf ihr Streben nach institutioneller Anerkennung und Unterstützung für die nationalen Bestrebungen der Palästinenser, auch diplomatische Fortschritte bei der UN zu machen. So erhielt die PLO Unterstützung seitens der arabischen Staaten, der blockfreien Staaten und der gerade in die Unabhängigkeit entlassenen ehemaligen Kolonien, die in der Regel im Block zugunsten der Rechte der Palästinenser stimmten. Im Jahr 1970 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der anerkannt wurde, dass die Palästinenser ein Anrecht auf nationale Selbstbestimmung haben und dass diese Selbstbestimmung auch notwendig ist. In der Resolution 2649 der UN-Generalversammlung werden „jene Regierungen verurteilt, die Völkern das Recht auf Selbstbestimmung verwehren, deren Recht darauf anerkannt wurde, insbesondere im Falle der Völker Südafrikas und Palästinas“. 1974 wurde die UN-Resolution 3246 verabschiedet, in der das Recht auf Selbstbestimmung für die Palästinenser nochmals unterstrichen wurde und in der es zusätzlich hieß, es sei legitim, „mit allen Mitteln, einschließlich eines bewaffneten Kampfes, für eine Befreiung von kolonialer und ausländischer Herrschaft und gegen eine Unterjochung durch Fremde zu kämpfen“. Im November 1974 wurde dann die Resolution 3236 angenommen, in der die Unterstützung der UN für die Schaffung eines palästinensischen Staates zugesichert wurde: „Die Generalversammlung [...] bestätigt nochmals die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, darunter a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne äußere Beeinflussung [und] b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität“.

Viele Israelis, besonders die Vertreter der politischen Rechten, stellten das gesamte Konzept des palästinensischen Nationalismus in Frage. Sie behaupteten, es handele sich um eine Erfindung aus der Zeit nach 1967, mit deren Hilfe die arabischen Staaten einen Ersatzkrieg gegen Israel führen wollten. 1969 erklärte die damalige israelische Ministerpräsidentin Golda Meir: „Es ist ja nicht so, als habe es ein palästinensisches Volk in Palästina gegeben, das sich als palästinensisches Volk betrachtete, und

wir wären gekommen, hätten sie hinausgeworfen und ihnen ihr Land weggenommen. Sie existierten gar nicht [als Volk; Anm. d. Übers.].“ (*Sunday Times*, 15. Juni 1969; zitiert in Shlaim, 2000:311) Netanjahu argumentierte ganz ähnlich als er sagte, sowohl der palästinensische Nationalismus als auch die palästinensischen Flüchtlinge seien Erfindungen aus der Zeit nach 1967:

Tatsächlich haben die meisten palästinensischen Araber ein Zuhause. Viele von ihnen leben nämlich als Vollbürger in Ost-Palästina – das heute Haschemitisches Königreich Jordanien heißt. Ganz ähnlich ist es mit den Arabern aus Judäa-Samaria: sie sind keine heimatlosen Flüchtlinge, sie leben in denselben Häusern wie vor der Errichtung des Staates Israel. Die Zahl der tatsächlichen Flüchtlinge geht gegen Null. (2000:156)

Multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die in zahlreichen Resolutionen die Existenz eines eigenständigen palästinensischen Volkes, sein Recht auf nationale Selbstbestimmung und die Existenz von mehr als dreieinhalb Millionen Flüchtlingen anerkannt haben, bestreiten die Richtigkeit dieser Auffassung.

1973 – der Oktoberkrieg/Jom-Kippur-Krieg

Es gelang den Ägyptern nicht, die Israelis durch den Zermürbungskrieg dazu zu bringen, den besetzten Sinai zurückzugeben – stattdessen wurden auch noch viele der Küstenstädte am Suez-Kanal durch israelische Angriffe verwüstet. Shlaim schreibt, in den frühen 70er Jahren habe Ägypten mehrfach versucht, den besetzten Sinai auf diplomatischem Wege zurückzuerhalten, doch die Friedensangebote seien von den Israelis zurückgewiesen worden. Shlaim deutet an, die israelische „Politik der Zermürbung“, gepaart mit Äußerungen, man wolle den Sinai annektieren, habe dazu geführt, dass Sadat (der damalige ägyptische Staatschef; Anm. d. Übers.) keine diplomatischen Optionen mehr blieben und ein Krieg unvermeidlich wurde.